

Grundrecht auf Asyl verteidigen

Das Thema Flucht und Migration darf nicht für politische Kampagnen missbraucht werden, warnt Kai Weber, Geschäftsführer des niedersächsischen Flüchtlingsrates, im Interview mit den "Evangelischen Perspektiven". Trotz steigender Flüchtlingszahlen hält er es weiter für geboten, Schutzsuchende in Deutschland aufzunehmen.



Wirbt für einen differenzierten Blick auf die Zahl der Geflüchteten: Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Evangelische Perspektiven: Herr Weber, in der innenpolitischen Diskussion wird das Thema Migration mit Blick auf das Erstarken von Rechtspopulisten mit immer neuen Forderungen nach einer Verschärfung des Asylrechts versehen. Können Sie das nachvollziehen?

Kai Weber: Nein, das kann ich nicht. Das Thema Flucht und Migration wird wieder für politische Kampagnen missbraucht. Natürlich gibt es neben positiven Effekten auch Probleme und Konflikte. Migration war nie nur ein rosarotes Straßenfest mit Musik und Tanz. Aber die Her-

ausforderungen kann und muss man angehen und lösen. Das Asylrecht steht in unserer Verfassung, weil tausende Menschen aus unserem Land während des deutschen Faschismus darauf angewiesen waren, im Ausland Schutz zu finden. Wir wollen und werden das Grundrecht auf Asyl verteidigen! Was Migration allgemein angeht: Wir müssen uns stets klarmachen, dass unsere überalterte Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen ist und damit unter dem Strich seit Jahrzehnten gut lebt.

Aber die Kommunen klagen, die Belastungsgrenzen seien erreicht. Auch aus vielen niedersächsischen Kommunen gibt es Hilferufe.

Nun, das betrifft einen Teil der Kommunen. Ich kann sie verstehen. Denn unter den Bedingungen der geltenden Asylregelungen und der Entwicklungen des Wohnungsmarkts in den letzten Jahrzehnten haben die Kommunen tatsächlich Probleme, die Asylsuchenden unterzubringen. Aber diese Probleme sind nicht gottgegeben. Nehmen Sie als Beispiel die Geflüchteten aus der Ukraine. Sie unterliegen nicht den Bedingungen des Asylbewerberleistungsgesetzes, kommen oft bei Ange-

Kai Weber

Kai Weber (62) ist seit 1992 Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen in Hannover. Zuvor war der studierte Pädagoge in der Asyl- und Aussiedlerarbeit in Hildesheim und Alfeld tätig. Außerdem hat er Lehraufträge an der Universität und Fachhochschule Hildesheim inne.



www.nds-fluerat.org



Foto: Klaus G. Kuhn

hörigen unter, können sich selbst eine Arbeit suchen und werden nicht in Lagern festgehalten. Es sind eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer bei uns untergekommen, ohne dass es große politische Diskussionen darüber gegeben oder jemand von einer Flüchtlingskrise gesprochen hätte. Noch zu Anfang des Jahres hat das ZDF in einer großen Reportage gewürdigt, wie großartig die Menschen in Deutschland die Aufnahme der Ukrainer bewältigt haben. Trotz der Aufnahme von 2,6 Millionen Zuwanderern war da von Flüchtlingskrise noch keine Rede.

Doch heute ist sie das große Thema, man muss nur einen Blick auf die Meinungsumfragen werfen.

Ja, aber nicht weil sich die Zahlen verändert haben, sondern unser Blick darauf. Die Zahl der Asylbewerber macht unter den Migranten etwa 10 bis 15 Prozent pro Jahr aus. Neben ukrainischen Flüchtlingen, die 2022 über 40 Prozent der Zuwanderung stellten, kamen Migranten vor allem aus europäischen Staaten zu uns. Allein aus Rumänien sind im vergangenen Jahr etwa so viele Menschen nach Deutschland gekommen, wie aus allen

Ländern der Welt zusammen als Asylsuchende. Hier gibt es keine großen Diskussionen oder Beschwerden aus den Kommunen. Die öffentliche Debatte um Asyl hängt im Wesentlichen mit den Bedingungen zusammen, die für Asylbewerberinnen und -bewerber gelten.

Welche Bedingungen meinen Sie?

Wenn man Menschen zwingt, in Lagern zu wohnen. Wenn man sie daran hindert, sich selbst zu helfen und bei Angehörigen unterzukommen. Wenn etwa ein Niedersachsen zugewiesener Flüchtling eine Großmutter in Münster oder einer anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen hat, darf er nicht zu ihr ziehen, sondern muss in einem niedersächsischen Lager bleiben. Den Ukrainern ist so etwas nicht auferlegt worden. Wenn man es Asylsuchenden verweigert, sich selbst eine Existenz aufzubauen, und ihnen ein Arbeitsverbot erteilt, dann muss man sich nicht wundern, dass es zu Problemen kommt.

Wo gibt es derzeit die größten Probleme in Niedersachsen?

Die größten Probleme gibt es in den großen Städten, wo der Wohnraum knapp ist. Da hilft es nicht, wenn man die Container übereinander stapelt. Wir haben ein Problem in den Messehallen in Hannover. Sie werden weiterhin bezogen. Das Land nutzt die Messehallen, nicht weil es nicht genügend Unterkünfte geben würde, sondern um die Flüchtlinge erst einmal zwischenzulagern, bevor sie auf die Kommunen verteilt werden. Das ist äußerst misslich, weil die Flüchtlinge diese Zeit in den Messehallen als tote Zeit empfinden. Integration fängt vor Ort an – und da ist so eine Messehalle, in der es keinerlei private Rückzugsräume gibt, natürlich der denkbar schlechteste Ort.

Was sollte sich aus Ihrer Sicht ändern?

Ganz viel muss sich ändern. Wir müssen es ermöglichen, dass sich Asylbewerber über Freunde und Verwandte selbst eine Unterkunft suchen. Sie brauchen früh Zugang zu Deutschkursen, Ausbildung, Arbeit – statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

Aber wenn Asylbewerber dahin ziehen, wo schon viele andere wohnen, kann es auch zu Protesten kommen. Ich erinnere nur an den Oberbürgermeister von Salzgitter, Frank Klingebiel, der vor einiger Zeit einen Aufnahmestopp für seine Stadt forderte, weil zu viele Migranten wegen der billigen Mieten nach Salzgitter gezogen waren.

Wir sehen den damals vom Land verhängten Aufnahmestopp für Städte wie Salzgitter, Delmenhorst und Wilhelmshaven kritisch, weil die Menschen nicht besser aufgehoben sind, wenn sie in Hannover in Containern wohnen. Man muss das Problem anders, einfallreicher



Foto: Klaus G. Kohn

lösen - etwa durch besondere finanzielle Unterstützung der betreffenden Kommunen, durch den forcierten Bau von Kindertagesstätten und Schulen. Die Probleme, die etwa die Stadt Salzgitter mit ihren Bausünden und der Wohnungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat, haben nichts mit der Flüchtlingspolitik zu tun.

Die europäischen Innenminister wollen den illegalen Zugang von Flüchtenden nochmals erschweren, etwa mit Zurückweisungen in nordafrikanische Staaten. Glauben Sie, dass das zu einer Entspannung der innenpolitischen Diskussion bei uns führen wird?

Wir halten das für einen Sündenfall. Sollte der Plan der Innenminister von der EU beschlossen werden, wird das seit 70 Jahren völkerrechtlich verbürgte Asylrecht weitgehend in Frage gestellt. Das europäische Asylrecht gewährleistet zumindest, dass wenigstens in einem europäischen Land ein Asylantrag geprüft wird und Geflüchtete Aufnahme finden. Dieser Grundsatz fällt, wenn konstatiert wird, dass etwa russische Deserteure schon in Moldau Schutz gefunden haben, oder wenn türkische Geflüchtete in Lagern an den europäischen Außengrenzen festgehalten werden. Die europäischen Nachbarstaaten bieten eben nicht die Gewähr für die Einhaltung der europäischen Menschenrechtskonvention und ein faires Asylverfahren. Wir haben das bereits mitansehen müssen: Dass die Türkei an der syrischen Grenze auf Geflüchtete schießt oder Tunesien Geflüchtete in der Wüste aussetzt, zeigt, dass von Sicherheit für die Geflüchteten dort keine Rede sein kann.

In der politischen Diskussion hört man häufig, dass die Falschen nach Deutschland kämen, also junge Männer, die den gefährlichen Weg durch die Wüste und über das Mittelmeer bereits geschafft hätten, während Familien diese Strapazen gar nicht überleben würden. Politiker aus der Union haben vorgeschlagen, das Asylrecht ganz abzuschaffen und stattdessen Kontingente von bestimmten Menschen aus Krisengebieten aufzunehmen - auch solche, die man für den deutschen Arbeitsmarkt braucht.

Die Kritik ist heuchlerisch: Unter den Betroffenen fin-

den sich vielfach Familienväter und Söhne von Familien, die in Gefahr sind, zum Beispiel zum Kriegsdienst rekrutiert zu werden. Wieso sind das „falsche Flüchtlinge“? Wenn man sich die humanitären Aufnahmeprogramme der letzten Jahre ansieht, stellt man fest, dass die europäischen Staaten bislang nur kleine Kontingente akzeptiert haben. Wenn dann auch noch bei der Auswahl geschaut wird, wer in Deutschland gebraucht wird, führt man das Asylrecht ad absurdum.

Ist es nicht legitim, dass Deutschland die Migration aufgrund eigener Kriterien steuern will?

Es ist in Ordnung, dass sich die deutsche Gesellschaft wie auch andere Einwanderungsländer nach Arbeitskräften umschaute. Man sollte das aber nicht verwechseln. Im Asylrecht geht es um etwas Anderes. Es geht darum, Verfolgten Schutz zu gewähren - unabhängig davon, ob sie auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben werden oder nicht. Wir haben im Moment historisch hohe Schutzquoten von mehr als 70 Prozent. Das heißt, dass die Menschen, die derzeit zu uns kommen, nach den Regeln unseres Asylrechts zu einem hohen Prozentsatz als schutzbedürftig gelten. Deshalb geht eine Diskussion über den angeblichen Missbrauch des Asylrechts an der Realität vorbei. Kontingentlösungen können als Ergänzung des Asylrechts sinnvoll sein, ersetzen aber nicht das Grundrecht auf Asyl: Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Geflüchtete weder ins Verfolgerland noch in Länder abgeschoben werden, in denen sie nicht sicher sind.

Ein Stein des Anstoßes sind aber straffällig gewordene Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden können...

Damit müssen wir leben, auch wenn es Verdruss machen kann. Denn ein straffällig gewordener Iraner kann nicht abgeschoben werden, wenn ihm im Herkunftsland die Folter oder die Todesstrafe drohen. Dann muss er eben bei uns im Gefängnis bleiben. Ich bin stolz auf das europäische Asylrecht, das die Menschenrechte zum unhinterfragbaren Bestand hat. Europa ist nicht das Land der Folter oder der Todesstrafe und sollte es auch nicht werden!

Läuft man mit dieser Argumentation nicht Gefahr, die Rechtspopulisten weiter zu stärken, die in ostdeutschen Bundesländern schon an Platz eins der Umfragen stehen?

Nein, man kann doch nicht mit Verweis auf die Forderungen der Rechtspopulisten unsere Grund- und Menschenrechte infrage stellen. Ich finde es allerdings höchst bedenklich und auch gefährlich, dass bürgerliche Parteien die Forderungen der AfD aufgreifen und manchmal sogar übertreffen. So macht man diese rechtsextremistische Partei nicht klein sondern noch größer.

Michael B. Berger